Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 0.50 Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 7 — Sonnabend, den 14. Februar 1925 — 29. Jahrgang

Aufruf für die Neuwahl der Betriebsvertretungen im Jahre 1925.

Wie alljährlich sind auch im Jahre 1925 die Neuwahlen der Betriebsräte einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Spitzenverbände in den Monaten Februar-März durchzuführen.

Von den Ortsausschüssen des ADGB. und den Ortskartellen des AfA-Bundes ist zu diesem Zweck

ein Termin zu bestimmen,

an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Alle Betriebsvertretungen, welche im Laufe des Januar 1924 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchführen; maßgebend sind § 23 bzw. § 42/43 BRG. Betriebsvertretungen, welche erst im Jahre 1925 gebildet worden sind, legen nicht nieder, sondern bleiben im Amte. Ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1924 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Verständigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Die besonderen Betriebsvertretungen gemäß § 61/62 BRG. (im Baugewerbe, bei Behörden, bei der Reichsbahn usw.) handeln nur nach den Weisungen ihrer Gewerkschaften, für sie gilt daher die allgemeine Aufforderung zur Neuwahl nicht. Diese Anweisungen sind genauestens zu beachten, damit Schädigungen der Arbeiterbewegung vermieden werden.

Maßgebend für die Durchführung der Neuwahlen sind sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll, Seite 419/420, außerdem enthalten in der Betriebsrätezeitung 1923, Seite 32 und der Gewerkschafts-Zeitung Nr. 1/1925, Seite 11). Hiernach ist genau zu verfahren.

Die Entwürfe für die zur Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare sind enthalten in dem allgemein verbreiteten Kommentar von Flatow, Seite 273 ff. Diese Materialien hat der Unternehmer zur Verfügung zu stellen (§ 36 BRG. und § 22 der Wahlordnung zum BRG.)

Nunmehr frisch ans Werk! Schwere Zeiten des passiven Widerstandes, der Inflation und der Kämpfe um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit liegen hinter uns, neue schwere Kämpfe stehen uns bevor.

Ehrensache der Arbeiterbewegung muß es sein, daß kein Betrieb, für den eine Betriebsvertretung zuständig ist, ohne diese ist. Nur so sind die Rechte der Arbeiter und der Angestellten zu wahren und zu sichern. Die Neuwahlen müssen zur Gewinnung der noch nicht den Gewerkschaften angehörenden Arbeiter und Angestellten ausgenutzt werden. Denn ohne starke Gewerkschaften kann keine Betriebsvertretung erfolgreich arbeiten und

ohne starke Gewerkschaften
gibt es überhaupt keinen Kollektivismus
und keine Arbeiterrechte.

Nur starke Gewerkschaften gewährleisten die Macht der Arbeiter. Die Unternehmer sind mächtig am Werke. Ihre Presse veranstaltet Umfragen über die Bewährung der Betriebsräte. Das Ergebnis ist eine Ehrung der Betriebsräte, denn die Unternehmer stellen betrübt fest, daß die Betriebsräte sich nicht für den Profitinternationalismus gebrauchen ließen. Aber die Unternehmer sind hartnäckig.

Teile und herrsche ist ihre Parole. Sie wollen die Betriebsvereinbarung und die Werksgemeinschaft, um die Gewerkschaften und die Tarifverträge zu zerschlagen und für diese Zwecke glauben die Unternehmer die Betriebsräte mißbrauchen zu können.

Das ist ihnen noch nicht gelungen und das wird ihnen auch nicht gelingen. Die Kommunistische Partei arbeitet wie überall so auch hier den Unternehmern in die Hände; die kommunistische Betriebszellenpolitik kommt den Unternehmerabsichten entgegen, wie ja immer die Kommunisten durch die Zerschlagung der Einheit der Arbeiterbewegung die Unternehmergeschäfte besorgen. Diesen beiderseitigen Angriffen müssen die Arbeiter und die Angestellten die Parole:

Einigkeit macht stark!

entgegenstellen.

Die Betriebsräteneuwahlen 1925 müssen unter dem Zeichen der freigewerkschaftlichen Ziele und Forderungen stehen. In diesem Jahre finden die

Gewerkschaftskongresse des AfA-Bundes
und ADGB.

statt, die Betriebsvertretungen und die Belegschaften aller Betriebe müssen hinter diesen Kongressen stehen, alle Arbeiter und alle Angestellten müssen den freien Gewerkschaften angehören.

An die Arbeit! Die Betriebsvertretungsneuwahlen 1925 müssen unter der Parole: Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften! geführt werden.

Berlin, den 1. Februar 1925.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB.)
Allgemeiner freier Angestelltenbund (AfA-Bund).

Zum Verbandstag.

Im schönen und berühmten Weimar in Thüringen treten nach dreijähriger Pause in unserm Verbande am 18. Mai die Beauftragten der Deutschen Steinarbeiter, Bildhauer, Steinsetzer und Rammer zur 10. Verbandsgeneralversammlung zusammen; sie wollen und sie sollen dort prüfen, ob in der zurückliegenden Zeit die durch den Selbstwillen in kollegialem Zusammenschluß geschaffene Organisation ihren Aufgaben gerecht wurde und ob sie für die bevorstehende Zeit den ideellen und materiellen Anforderungen der Mitglieder noch genügt. Bei dieser Prüfung kommen zweifellos die verschiedensten und gegensätzlichsten Meinungen zu Tage, ohne etwa damit sagen zu wollen, daß diese gegensätzlichen Meinungen nicht überbrückt werden könnten. Letzten Endes entscheidet die Mehrheit! Die im Organisationswesen notwendige Demokratie verlangt immer ein Unterordnen unter die von der Mehrheit festgelegten Richtlinien. So war es wenigstens bisher immer. Dadurch sind wir groß und stark geworden und so muß es auch bleiben, wenn der Organisationsgedanke im Zusammenarbeiten von mehreren Zehntausend überhaupt einen rechten Sinn haben soll.

Die Versammlungen und Konferenzen, die sich nun mit den Aufgaben der Verbands-Generalversammlung beschäftigen, haben bewußt und unbewußt den Zweck, die unterschiedlichen Meinungen zu klären und diese dann in Anträgen oder Entschließungen zu verdichten. Dabei ist es natürlich durchaus nicht notwendig, daß nun jede Zahlstelle glaubt, mit Anträgen kommen zu müssen. Bei dieser Gelegenheit mag, wenn man frühere Erfahrungen heranzieht, so nebenbei darauf hingewiesen werden, daß sich bisher immer in den Anträgen zu den Verbandstagen zugleich die Schulung der Verbandsmitglieder sowie ihre Einsicht in die gewerkschaftlichen Realitäten und weiter ihre Vernunft in der Beurteilung von Möglichkeiten, ja sogar auch die Qualifikation der Führung im Bezirk oder Zahlstelle offenbart. Wer von dieser Seite die Anträge beim späteren Vorliegen einmal prüft, kommt gewiß zu ganz interessanten Ergebnissen, mit denen er allerdings hier und da anecken wird. Wir weisen nur in aller Objektivität darauf hin; vielleicht gibt das später diesem oder jenem Kollegen doch Veranlassung, seine Schreib- und Gedankenkunst an diesem Objekt zu prüfen und zu üben. Wir wollen natürlich mit diesem Hinweis darauf hinwirken, daß bei der Formulierung der Anträge die Wirklichkeit und Erfüllungsmöglichkeit nicht zu kurz kommt.

Die Verbandsarbeit in der zurückliegenden Zeit wird auf dem Verbandstage kaum große Meinungsverschiedenheiten auslösen, obwohl eine Tätigkeit, rückwärts überschaut, leichter kritisiert werden kann als wenn sie noch bevorsteht. Das weiß übrigens jeder Praktiker. Er weiß aber auch, daß mancher Kritiker sich daran durchaus nicht stößt. Richtig ist, daß wir aus der Vergangenheit lernen sollen und die Auswirkungen einzelner Handlungen nicht immer übersehen werden konnten, zumal das Wirtschaftsleben allgemein und die berufliche Lage in der zurückliegenden Periode alles andere, nur nicht klar und durchsichtig war. Die einzelnen Funktionsabteilungen in der Verbandsleitung geben auf dem Verbandstage ihren Bericht. Sie werden dabei auch nicht zurückhalten im Nachweis wo die Verbandsmitglieder versagt haben. Der Hauptkassierer hat dabei immer die besten Unterlagen aus den regelmäßigen und unregelmäßigen Abrechnungen mit den Zahlstellen. Auch die Tarifberatungen und Tarifbeschlüsse in den einzelnen Gruppen werden voraussichtlich eine eingehende Aussprache zeitigen, wobei die im Außendienst tätigen Kollegen — die Gauleiter — mit ihren Erfahrungen wohl nicht zurückhalten werden. Der wichtige Vorgang der Vereinigung mit den Steinsetzern und Pflasterern und die daraus entstandene gewerkschaftlich durchaus nicht angenehme Polemik mit dem Baugewerksbund, wird voraussichtlich die volle Zustimmung des Verbandstages finden. Bei dieser Gelegenheit kann noch mit Material aufgewartet werden, das wir mit Rücksicht auf die Gesamtbewegung bisher in der Oeffentlichkeit nicht verwertet haben. Im weiteren ist in unserem Verbande ab 1. Januar 1925 an ein allgemein kritisches Hindernis aus dem Wege geräumt in der direkten Zustellung des „Steinarbeiter". Trotzdem wird es an Kritik am „Steinarbeiter", das heißt gegen die Redaktion, nicht fehlen. Das liegt an den Zeitverhältnissen und ferner in den Problemen begründet, die von der Gewerkschaftsbewegung bewältigt werden müssen und die mit drei Stichwörtern kurz angedeutet werden können: Wirtschaft, Recht, Staat! Die berichtgebenden Abteilungen in der Verbandsleitung sind der Auffassung, daß sie unter den gegebenen jeweiligen Verhältnissen, in jeder Situation ihr möglichstes getan haben und es liegt nun an den Delegierten des Verbandstages, darüber in ehrlicher, aufrichtiger Kritik oder Aussprache ihre Auffassung kundzutun. Ein gedruckter Geschäftsbericht wird wie sonst auch vor der Tagung fertiggestellt, so daß die Verbandsmitglieder und ihre Beauftragten noch Zeit und Muße haben, sich mit dem ganzen großen Fragenkomplex der die Verhandlungen des Verbandstages beherrscht, zu beschäftigen.

Die Statutenberatung bringt auf alle Fälle viele Wünsche auf Anerkennung der früher geleisteten Beiträge. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Rechte, die aus den früher geleisteten Beiträgen in Form höheren Unterstützungbezuges resultierten, von der Inflationswirkung auf die Verbands-Hauptkasse tatsächlich wie Seifenblasen geplatzt und in ein Nichts zerstoben sind. Die Unterlagen und Voraussetzungen zum Unterstützungsbezug mußten infolgedessen ganz neu fundamentiert und formuliert werden. Einsichtige Verbandsmitglieder, die in der Beurteilung der Inflationswirkung nicht bei ihrer eigenen Person halt machen, sondern die die Wünsche darüber hinaus auch für den Verband in seiner Hauptkassenleistung anerkennen, haben sich mit der jetzigen Sachlage leichter abgefunden. Sie erheben deshalb auch keine Vorwürfe gegen den Verband, wollen es auch nicht, weil sie als nüchtern urteilende Wirlichkeitsmenschen wissen, daß der Verband aus dem, was durch die Geldentwertung verloren ging, nichts mehr leisten kann. Es muß immer darauf verwiesen werden, soweit das jetzige Kassenfundament in Frage kommt, hat der bereits vor 10, 15 oder 20 Jahren geleistete Beitrag keine größeren Rechte daran, wie derjenige Beitrag, der nur im neuen Kassen-Fundament verankert ist. Das ist zweifellos für die langjährigen und im Verband alt gewordenen Mitglieder eine harte Tatsache, die von Gefühlswallungen nicht umgestoßen werden kann. Vielleicht ließe sich jedoch in gemeinsamer Beratung auf dem Verbandstage ein Ausweg finden, um eine Art Aufwertung — wollen es wenigstens so nennen — aus den früheren Beitragsleistungen zu stipulieren. Ja, wir müssen das ganz einfach, um die jetzt alt gewordenen Mitglieder nicht im Stich zu lassen, die jahrzehntelang treu zur Organisation gestanden haben und zwar in Zeiten, wo es sicherlich mehr persönlicher Ueberzeugung, Mut und Opferwilligkeit bedurfte wie heute. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet liegt dies „Müssen" nicht nur auf unsrer Linie im sonstigen Streben; es gebietet schon der Solidaritätsgedanke in der Organisation, für eine zufriedenstellende Lösung den gangbaren Weg zu finden.

Dann wird auf dem Verbandstage eine eingehende Aussprache über die Lage der Steinindustrie einschließlich des Straßenbaugewerbes und die daraus zu folgernden Aufgaben des Verbandes für die bevorstehende Zeit stattfinden müssen. Sie ist auch vorgesehen in „wirtschaftlicher" Hinsicht und kann sich erstrecken auf alle Fäden, womit die gesamte Steinindustrie in der Volks- und Weltwirtschaft verknüpft ist. Wir sagen ausdrücklich, die Aussprache kann sich darauf erstrecken, sie braucht es also nicht, und wenn sie sich nur auf die damit zusammenhängenden Arbeiterfragen beschränkt, mag es eventuell genug sein. Doch es kommt darauf an, wie die vorgesehenen Referenten disponiert haben, denen wir von der Redaktion aus natürlich nicht vorgreifen wollen. Jedenfalls aber sind in der reinen Steinindustrie und im Straßenbaugewerbe verschiedene noch nicht abgeschlossene Vorgänge zu verzeichnen, die dauernd die größte Aufmerksamkeit aller Verbandsmitglieder erfordern. Um nur zwei herauszugreifen: die Kapitals- und Betriebskonzentrationen in der ersteren, und in der zweiten Gruppe sind es die Pläne zur Umstellung der Verkehrsstraßen für den Kraftwagenverkehr! Die Steinindustrie mit allem Drum und Dran und das Straßenbaugewerbe sind bekanntlich beide noch sehr verankert in Klein- und Mittelbetrieben. Das Straßenbaugewerbe noch ausgeprägter wie die reine Natursteinindustrie! Dieser Zustand ist zweifelsohne der Schlüssel zur Erklärung bestimmter beruflicher, gewerblicher Vorgänge, die ihre Auswirkung auf die Haltung der Unternehmer ausüben. Und doch wird in absehbarer künftiger Zeit, zum Beispiel mit der reinen Pflastersteinindustrie und dem Straßenbaugewerbe ein andres Verhältnis herauswachsen. Es würde nach unsrer Meinung sogar schneller, großzügiger und industrieller geschehen, wenn nicht die kleinmeisterliche Vergangenheit und Gegenwart beide genannte Gruppen noch zu sehr umklammern würde. Die Lage der Arbeiter spielt bei alledem eine wichtige Rolle. Nicht nur in der Entlohnung, sondern auch im Schutz der Arbeitenden bei der beruflichen Tätigkeit. Der Steinarbeiterverband und die frühere Steinsetzerorganisation haben beide auf diesem Gebiet Vorbildliches geleistet. Nunmehr ist der Versuch unternommen worden, diese, für die Verbandsmitglieder äußerst wichtige Frage auf anderm Wege wie bisher zur Lösung zu bringen. Wie? — das wurde auf dem Internationalen Steinarbeiterkongreß in Lugano behandelt und festgelegt. Ein Protokoll über diese Verhandlungen wurde vor einigen Tagen allen Zahlstellen übermittelt. Eingehendes Studium ist zu empfehlen. Auf dem Verbandstage können wahrscheinlich, soweit die Vorbereitung in Betracht kommt, die näheren Details gegeben werden. Auch sonst wird in gesundheitlicher Beziehung und über die Respektierung der gesetzlichen Vorschriften noch manches zu sagen sein; damit jede Nachlässigkeit seitens der Unternehmer und jede Gleichgültigkeit bei unsern Kollegen unterbunden wird.

Die sonst üblichen Gegenstände in den bevorstehenden Verbandstagsverhandlungen können wir übergehen, weil sie zur geschäftlichen Erledigung gehören und mit jedem Verbandstag verbunden, darum aber nicht minder wichtig sind. Die Zahlstellen mögen nun Stellung nehmen und sich befleißigen, daß die Anträge bis spätestens den 21. März bei der Verbandsleitung vorliegen.

Die Delegierten der Steinsetzer und Rammer zum Weimarer Verbandstag treten bereits einen Tag früher zusammen! Sie werden ihre engeren Berufsfragen, besonders das Tarifgebiet besprechen und dabei jedenfalls auch ihre Meinung zum Ausdruck bringen, ob sie sich in dem jetzigen Organisationsrahmen wohl fühlen oder nicht.

Die Teuerungslage in den deutschen Städten 1924/25.

Von Dr. N. Hansen, Berlin.

Die allgemeine Teuerungslage in den deutschen Städten kann unter Zugrundelegung der amtlichen Indexziffern für den Anfang Januar 1925 wie folgt gekennzeichnet werden:

1. Die Kosten für die Ernährung standen auf etwa 35 Prozent über dem Vorkriegsniveau.
2. Die Meßziffern für die Bekleidungskosten lagen fast 50 Prozent über dem Preisstand von 1913/14.
3. Die Kosten für Heizung und Beleuchtung bewegten sich seit Anfang 1924 zwar in langsamer, aber fast ununterbrochener Abwärtsbewegung, überschritten aber das Vorkriegsniveau um ca. 36 Prozent.
4. Die Wohnungsmietpreise, die bei Jahresbeginn 1924 nur ⅓ bis ¼ des Vorkriegsniveaus erreicht hatten, sind im Laufe des Vorjahres um 150 Prozent gestiegen und stehen jetzt auf fast ¾ des Vorkriegsmietsatzes.

Die Reichsindexziffer für die gesamten Lebenhaltungskosten war am 1. Januar 1925 etwa 14 Prozent höher als am gleichen Datum des Vorjahres. Als teuerste Städte Deutschlands gelgelten heute unter Zugrundelegung der Teuerungszahlen für den 30. Dezember 1924 der Reihe nach Hagen i. W., Karlsruhe, Solingen. Es folgen Mannheim, Koblenz, Köln, Frankfurt a. M., Hamburg, München, Ludwigshafen, Stuttgart und Augsburg. In den hier aufgeführten 12 teuersten Städten mußten am 1. Januar 1925 etwa 34,4 bis 22,2 Prozent mehr als 1913 für die gleichen Lebensbedürfnisse gezahlt werden. Das Teuerungsniveau von Berlin lag um 18,8 Prozent höher als 1913/14. Die Städte Leipzig, Dresden, Essen, Nürnberg, Bremen, Aachen, Krefeld, Darmstadt, Heilbronn, Weimar und Herford haben heute ungefähr das gleiche Lebenshaltungsniveau wie Berlin. Leipzig, Essen, Dresden, Bremen, Aachen und Krefeld sind allerdings um ein geringes teurer. Auf dem Teuerungsniveau von Hannover, das etwa 13,4 Prozent im Durchschnitt über dem Vorkriegsstand liegt, bewegen sich heute die Städte Breslau, Chemnitz, Königsberg, Stettin, Kiel, Lübeck, Darmstadt, Frankfurt a. O., Heilbronn, Gießen, Lüneburg. In den Städten Braunschweig, Erfurt, Halberstadt, Worms, Eisenach, Bautzen und Fulda hat man heute mit einem durchschnittlich höheren Teuerungssatz von etwa 11,1 Prozent und in den Städten Magdeburg, Dessau, Schwerin, Stolp, Weißenfels, Eberswalde, Marienwerder zwischen 5,7 bis 11,1 Prozent zu rechnen. Die niedrigsten Teuerungszahlen haben Neustettin, Demmin, und Oldenburg. Sie schwanken um 2 bis 3 Prozent über dem Vorkriegsstande.

Interessant ist, wie stark die Preisunterschiede im Kleinhandel für die wichtigsten Lebensbedürfnisse am 1. Januar 1925 in diesen Städten waren. So zahlte man z. B. für 1 Kilogr. inländisches Weizenmehl in Hamburg, Aachen und

Lübeck 52 Pfg., in Breslau konnte man es für 40 Pfg., in Magdeburg für 38 Pfg. kaufen, während es in Berlin 48 Pfg. kostete. Die niedrigsten Kartoffelpreise mit 8 Pfg. hatten Berlin und Breslau und Königsberg mit 9 Pfg. Die höchsten Preise mußte man mit 14 Pfg. per Kilogramm in Hamburg, Aachen und Lübeck bezahlen. Die Butterpreise schwankten zwischen 4 und 4.40 Mk. in Berlin als niedrigsten und 5.20 und 5.40 Mk. in Chemnitz, Karlsruhe, Dresden, Essen, Mannheim und Aachen als höchsten Satz. — Auch für Margarine lassen sich sehr starke Preisunterschiede feststellen. Für 1.40 bis 1.50 Mk. war sie nur in Chemnitz und Berlin zu haben. In Hamburg kostete sie 1.80 Mk.. In München, das den Teuerungsrekord schlug, 1.98 Mk. Der Durchschnittspreis bewegte sich um 1.60 Mk. herum. Die billigsten Eier konnte man mit 17 Pfg. pro Stück in München und Königsberg kaufen. Den Berliner Eierpreis hatten ferner Frankfurt a. M., Chemnitz und Mannheim. In Hamburg und Essen waren die Eier, für die 24 Pfg. angelegt werden mußten, nach Dortmund, wo der Preis 25 Pfg. betrug, am teuersten. Die Milchpreise schwankten zwischen 26 und 40 Pfg. pro Liter ab Laden. Den niedrigsten Milchpreis von 26 Pfg. hatte Königsberg, den höchsten Frankfurt a. M. mit 40 Pfg. Der Milchpreis in den andern Großstädten pendelte um den Hamburger Preis von 34 Pfg. Für 1 Kilogr. Rindfleisch mit Knochen für Kochzwecke mußte man in Augsburg 1.70 Mk., in Königsberg 1.80 Mk., in München und Hannover dagegen 1.94 Mk. zahlen. In Berlin, Breslau, Essen, Stuttgart, Chemnitz, Lübeck kostete es 2 Mk. In Hamburg mußte man 2.10 Mk., in Dresden und Mannheim 2.20 Mk., in Dortmund und Aachen sogar 2.40 Mk. ausgeben. Die Schweinefleischpreise (Bauchfleisch) schwankten weniger stark und zwar zwischen 2.20 Mk. (Königsberg), 2.80 Mk. (Aachen) für 1 Kilogr. In Berlin, Hamburg, Stuttgart, Mannheim, Augsburg und Lübeck mußte man 2.40 Mk. bezahlen. In München wurden 2.36 Mk., in Breslau 2.24 Mk., in Essen 2.39 Mk., in Hannover 2.37 Mk., in Magdeburg 2,38 Mk., in Karlsruhe 2.60 Mk. verlangt.

Für Heizmaterialien, insbesondere Steinkohlen für Hausbrand und Briketts (Braunkohlen), sind ebenfalls auffallend starke Preisunterschiede festzustellen. 1 Zentner Steinkohle frei Keller kostete in Essen 1.11 Mk., in Dortmund 1.40 Mk., in Breslau 1.71 Mk., in Berlin mußte man für dieselbe Kohle 2.09 Mk., in Hamburg 2.25 Mk., in München 2.54 Mk., in Stuttgart 2.70 Mk. und in Aachen 2.80 Mk. zahlen. Mittlere Kohlenpreise hatten Frankfurt a. M. mit 2 Mk., Hannover mit 2.90 Mk., Königsberg mit 2.10 Mk., Karlsruhe mit 2.20 Mk., Chemnitz mit 2.25 Mk. und Magdeburg mit 2.46 Mk. Für 1 Zentner Braunkohlenbriketts frei Keller wurden mit 2.05 Mk. in Stuttgart, mit 2.08 Mk. in München und 1.95 Mk. in Hamburg die höchsten Preise bezahlt. In Berlin mußte man 1.53 Mk., in Dresden 1.44 Mk., in Breslau 1.46 Mk., in Frankfurt a. M. und Karlsruhe 1.80 Mk., in Hannover 1.60 Mk., in Chemnitz 1.40 Mk., in Dortmund 1.53 Mk., in Magdeburg 1.32 Mk., in Königsberg 1.65 Mk., in Mannheim 1.70 Mk., in Augsburg 1.90 Mk., in Aachen 1.40 Mk., in Lübeck 1.70 Mk. ausgegeben.

Die hier gekennzeichneten Tendenzen, die sich noch für eine ganze Reihe weiterer wichtiger Lebensbedürfnisse verfolgen ließen, lehren, daß die Eröffnungsbilanz für die Teuerungslage 1925, sich auf einem recht erheblichen Teuerungszuwachs gegenüber dem Vorjahre trotz dringend zugesagter Preisabbauaktionen der Reichsregierung aufbaut. Dies bedeutet, daß die inländische Kaufkraft der Reichsmark, auf der Basis des erhöhten Reichsindex berechnet, mindestens 14 Prozent niedriger als die Kaufkraft der Goldmark von 1913/14 einzuschätzen ist. Für Bekleidungskosten ist die Reichsmark heute etwa 50 Pfg., für Ernährungskosten 65 Pfg. der Goldmark von 1913/14 wert. Die genannten Zahlen reden eine deutliche Sprache. Sie sind lediglich als Feststellungen zum deutschen Teuerungsproblem für das Jahr 1925 anzusehen. Auf eine ursächliche Erklärung der großen Unterschiede, die zwischen den Lebenshaltungsniveauziffern der einzelnen deutschen Städte bestehen, hier einzugehen, muß ich mir in diesem Zusammenhang versagen. Tatsache ist jedenfalls, daß die Kosten für die Ernährung hierbei die ausschlaggebende Rolle spielen. Die Preisunterschiede der einzelnen Nahrungsmittel sind zwischen einzelnen Städten so auffallend groß, daß Einwände, wie erhöhte Spesen infolge höherer Mieten, Steuern, Arbeitslöhne, Frachtenmehrkosten nur teilweise durchschlagen. Ein besserer Ausgleich der Preise wäre jedenfalls im Interesse der Kräftigung unseres inneren Marktes und der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Gesamtwirtschaft mit dem Auslande dringend erwünscht.

Renten in der Unfallversicherung.

Der sozialpolitische Ausschuß des Industrie- und Handelstages forderte auf seiner letzten Tagung, daß die kleinen Renten in der Unfallversicherung bis zu 30 v. H. entschädigungslos zu beseitigen seien. Die Vollrenten für Schwer- und Leichtverletzte seien verschieden zu bemessen (für erstere wie bisher 66⅔ v. H. und für letztere 33⅓ v. H. des Jahresarbeitsverdienstes). Die Kapitalabfindung von Inländern müsse erweitert werden.

Mit dieser Forderung übertrifft der Industrie- und Handelstag noch die Absicht, die das Reichsarbeitsministerium, nach einer Nachricht in der „Kreuzzeitung", bei der Aufstellung seines Entwurfes eines „Zweiten Gesetzes über Abänderungen der Unfallversicherung" leitete. Nach diesem Entwurf sollen die kleinen Renten unter 20 v.H. fortfallen. (Für die festgesetzten kleinen Renten sollen geringe Abfindungssummen gezahlt werden, während künftighin solche Renten nicht mehr festgesetzt werden!) Die Vollrente der Leichtverletzten soll 50 v. H. des Jahresarbeitsverdienstes betragen, während sie für Schwerverletzte von 66⅔ v. H. auf 70 v. H. erhöht werden soll. Die Kapitalabfindung soll bei einer Rente bis zu 33⅓ v. H. möglich sein. (Jetzt 20 v. H.!)

Sollte der neue Reichstag dem Verlangen des Industrie- und Handelstages stattgeben, so würden die Unfallverletzten schwer geschädigt werden. So würde z. B. für den Verlust eines Auges, den Verlust des rechten Daumens und Zeigefingers bzw. den Verlust je zweier andrer Finger oder den Verlust des vorderen Fußes usw. eine Rente nicht mehr gezahlt werden.

Aber auch durch die beabsichtigte verschiedenartige Berechnung der Vollrente werden die Leichtverletzten gegenüber dem früheren Zustande geschädigt werden. Bei einem Jahresarbeitsverdienst von 1800 Mk. beträgt die Vollrente monatlich 100 Mk. Bei einem Leichtverletzten würde sie nach dem Vorschlage des Industrietages 50 Mk. und nach dem Vorschlage des Reichsarbeitsministeriums 75 Mk. monatlich betragen.

Der Abbau der kleinen Renten bis zu 30 v. H. (oder 20 v. H. nach dem Willen des Reichsarbeitsministeriums) wird damit begründet, daß sie wegen ihres geringen Betrages wirtschaftlich ohne Bedeutung seien. Selbst wenn dem Vorschlage des Industrietages entsprechend die Vollrente für Leichtverletzte nur 33⅓ v. H. des Jahresarbeitsverdienstes betragen soll, so ist auch ein monatlicher Betrag von 5, 10 oder 15 Mk. für 10, 20 oder 30 v. H. Rente keineswegs für den Verletzten so unbedeutend, daß er einfach entbehrt werden könnte. Es ist auch nicht richtig, daß derartig Verletzte gegenüber ihren Mitarbeitern auf dem allgemeinen Arbeitsmarkte nicht geschädigt sind. Wenn auch der Verletzte auf seiner alten Arbeitsstelle in einer minderentlohnten Arbeitergruppe den gleichen Tariflohn wie ein Nichtverletzter erzielen kann, so ist er immerhin gegenüber seinem vor dem Unfall bezogenen Arbeitseinkommen geschädigt. Auch ist ein Unfallverletzter im Wechseln seiner Arbeitsstelle behindert; er kann die Wirtschaftskonjunktur nicht so ausnützen wie ein Arbeiter im Vollbesitze seiner Arbeitskraft, weil jeder Arbeitgeber bei der Einstellung neuer Arbeitskräfte dem Nichtbeschädigten den Vorzug gibt.

Deshalb ist es höchst unsozial, die kleinen Renten zu beseitigen. Mit der Begründung der wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit lassen sich aber auch späterhin die Renten bis zu 50 v. H. beseitigen, da ja nach dem Willen des Industrietages — nach dem oben angeführten Beispiel — eine Rente von 40 v. H. auch nur 20 Mk. und von 50 v. H. nur 25 Mk. monatlich betragen wird. Die verschiedenartige Berechnung der Vollrente muß deshalb ebenfalls abgelehnt werden. Der Gedanke der Haftpflicht des Unternehmers wird bei solcher Rechtsprechung ganz und gar verwischt. Wo bleibt dann diese Haftpflicht, wenn der Verletzte den Schaden ganz oder zu zwei Drittel und mehr selbst tragen muß?

Was nottut, ist nicht ein Abbau der Renten, sondern eine schleunige Wiederherstellung der alten Goldrenten. Es ist mehr als ein Skandal, daß nach Stabilisierung der Währung noch die Renten von 10 und 15 v. H. mit einer Mark vierteljährlich abgegolten werden, während die andern kleinen Renten auch nicht viel höher sind, 20 v. H. = 5 Mk. monatlich, 40 v. H. = 10 Mk. monatlich.

Mißglückter Rechtfertigungsversuch.

Daß die Christlichen in der Verdrehung der Dinge Meister sind, beweist erneut eine Entgegnung auf den Artikel „Christliche Steinarbeiter auf Schleichwegen" in Nr. 48 unseres Fachblattes. Die christliche Steinarbeiterzeitung Nr. 2 schreibt:

Nachdem durch Anwendung des schlimmsten Terrors die christlich organisierten Steinarbeiter von den Messebauten verdrängt waren, stellte der freie Steinarbeiterverband an die Kölner Steinmetz-Innung die Forderung auf Bezahlung der mit dem Verband der Steinmetzgeschäfte vereinbarten Tariflöhne. Die Innung lehnte diese Forderung ab mit dem Hinweis, daß die Stadtverwaltung, in deren Auftrag die Arbeiten ausgeführt wurden, die Bezahlung höherer Löhne verweigere, und berief sich auf die Bestimmungen im Tarif, wonach bei öffentlichen und größeren Bauten der Zuschlag nach vorheriger Vereinbarung zu zahlen ist.

Hierzu wollen wir noch einmal konstatieren, daß wir der Innung einen vollständig neu ausgearbeiteten Tarifentwurf unterbreiteten, denn bisher bestand mit der Innung noch kein Vertrag, dieser wurde dann auch in der ersten Verhandlung mit den Arbeitgebern Punkt für Punkt durchgegangen. Die Innungsmitglieder lassen nur, oder sagen wir zu 99 Prozent, Arbeiten in Kunstputz oder Kunststein ausführen. Unsre Kollegen sind bei diesen Mitgliedern

Eine kleine Begebenheit.

Vier Darstellungen aus einer Mappe der Redaktion.

„Der Steinarbeiter" Nr. 18/19 vom **12. Mai 1923** brachte auf der **2.** Seite folgende Notiz:

Das größte Denkmal der Erde.

Wo? — Die Amerikaner wollen es schaffen! Das Riesenmonument soll unmittelbar aus Felsgestein des Stone Mountain bei Atlanta (Nordamerika) erstehen, zur Verherrlichung der südamerikanischen Konföderation (Staatenbund), dessen Mittelpunkt der im Jahre 1889 verstorbene Präsident Jefferson Davis bilden soll. Das Monument wird ihn inmitten seiner Generale darstellen. — Die Schwierigkeit liegt nur darin, daß es nicht möglich ist, ein solches Riesenmonument nach Art der alten ägyptischen Baumeister ohne jedes Modell oder etwa nach dem Verfahren Thorwaldsens bei seinem sterbenden Löwen in Luzern unter Verwendung eines kleinen Modells unmittelbar aus dem Felsen herauszuarbeiten. So mußte man nach neuen zeitgemäßen Hilfsmitteln suchen, unter denen die Photographie als das geeignetste erschien. Für diesen Zweck muß die gewaltigste Photographie angefertigt werden, die jemals da war, eine Photographie, auf der der Kopf des Präsidenten Davis allein eine Höhe von 27 Metern hat.

Die Berliner B.-Z., der wir diese Mitteilung entnommen haben, berichtet, daß das photographische Bild direkt auf dem Felsen entstehen soll, so daß danach das Relief herausgearbeitet werden kann. Das Gestein ist bereits in den notwendigen Abmessungen geglättet worden. In einer Entfernung von etwa 250 Meter davor wurde ein gewaltiger Zementblock errichtet, auf dem sich der photographische Projektionsapparat befindet. Der Schöpfer des Denkmals, der amerikanische Bildhauer Borglum, benutzt, wie er selbst berichtet, die Nacht als Dunkelkammer.

Das Monument und natürlich auch die Photographie als Ersatz des Modells soll nicht weniger als 230 Meter hoch sein und die ganze Felswand des genannten Berges ausfüllen. Die Breite wird nicht viel geringer sein. Wenn man nun bedenkt, daß der höchste Kirchturm der Welt, das Ulmer Münster, 161 Meter, die große Cheops-Pyramide 147 Meter und die großen Funkentürme zu Nauen 260 Meter hoch sind, dann kann man sich eine Vorstellung machen von dem Vorhaben des Bildhauers. Amerika ist bekanntlich schon immer das Land der unbegrenzten Möglichkeiten gewesen und sicherlich werden unsre Kollegen als Fachleute über die Ausführungsmöglichkeit ungläubig den Kopf schütteln.

Aus Anlaß dieser Notiz im „Steinarbeiter" brachte **„Der Steinbruch"** (jetzt „Stein-Industrie"), damals und heute noch „Zeitschrift für die Kenntnis und Verwertung natürlicher Gesteine und Erden, Fachblatt für alle Steinbruchbetriebe, Steinbearbeitungswerkstätten, Sand- und Erdgruben" und „Offizielles Organ des Reichsverbandes der deutschen Steinindustrie, E. V. Berlin", in Heft 11/12 vom 4. Juni 1923, Seite 115 folgendes:

Heitere Ecke.

„Angeschmiert". Unsere Leser werden sich eines Referats erinnern, das vor Jahren in einem fachtechnischen Blatte über die Fluatierung der Insel Helgoland erschien. Jener Referent, der einem Aprilscherz zum Opfer gefallen war, hat Nachfolger erhalten, und zwar in der Redaktion des „Steinarbeiters", die noch kürzlich über die Fachpresse der Steinindustrie klug zu urteilen glaubte. Sie berichtet in ihrer Nr. 18/19 vom 12. Mai über die Schaffung des größten Denkmals der Erde u. a.: „Wo? — Die Amerikaner wollen es schaffen! Das Riesenmonument soll unmittelbar aus dem Felsgestein des Stone Mountain bei Atlanta (Nordamerika) erstehen, zur Verherrlichung der südamerikanischen Konföderation (Staatenbund), dessen Mittelpunkt der im Jahre 1889 verstorbene Präsident Jefferson Davis bilden soll. — Das Monument wird ihn inmitten seiner Generale darstellen. — Die Schwierigkeit liegt nur darin, daß es nicht möglich ist, ein solches Riesenmonument nach Art der alten ägyptischen Baumeister ohne jedes Modell oder etwa nach dem Verfahren Thorwaldsens bei seinem sterbenden Löwen in Luzern unter Verwendung eines kleinen Modells unmittelbar aus dem Felsen herauszuarbeiten. So mußte man nach neuen zeitgemäßen Hilfsmitteln suchen, unter denen die Photographie das geeignetste erschien. Für diesen Zweck muß die gewaltigste Photographie angefertigt werden, die jemals da war, eine Photographie, auf der der Kopf des Präsidenten Davis allein eine Höhe von 27 Meter hat. Die Berliner B.-Z., der wir (Der Steinarbeiter) diese Mitteilung entnommen haben, berichtet, daß daß photographische Bild direkt auf dem Felsen entstehen soll, so daß danach das Relief herausgearbeitet werden kann. Das Gestein ist bereits in den notwendigen Abmessungen geglättet worden. In einer Entfernung von etwa 250 Meter davor wurde ein gewaltiger Zementblock errichtet, auf dem sich der photographische Projektionsapparat befindet. Der Schöpfer des Denkmals, der amerikanische Bildhauer Borglum, benutzt, wie er selbst berichtet, die Nacht als Dunkelkammer. Das Monument und natürlich auch die Photographie als Ersatz eines Modells soll nicht weniger als 230 Meter hoch sein und die ganze Felswand des genannten Berges ausfüllen. Die Breite wird nicht viel geringer sein." Die Redaktion ahnt zwar die praktische Unmöglichkeit der Verwirklichung, indem sie der Notiz folgenden Vorbehalt beifügt: „Amerika ist bekanntlich schon immer das Land der unbegrenzten Möglichkeiten gewesen und sicherlich werden unsre Kollegen als Fachleute über die Ausführungsmöglichkeit ungläubig den Kopf schütteln." Wir glauben aber, daß die Leser des „Steinarbeiter" nicht ungläubig den Kopf geschüttelt haben, sondern erstaunt waren, daß die Redaktion ihres Fachblatts von einem Aprilscherz der B.-Z. angeschmiert worden ist, was ohne weiteres ersichtlich ist, da, beiläufig bemerkt, ein Gebirge „Stone Mountain" bei Atlanta (Nordamerika) überhaupt nicht existiert und und auch dort keine Veranlassung besteht, zur Verherrlichung der südamerikanischen Konföderation (Staatenbündnis) beizutragen. Ebenso wie das Gebirge waren auch die projektionstechnischen und -photographischen Voraussetzungen frischweg erfunden. Also mehr Vorsicht vor Aprilscherzen.

Darauf „Der Steinarbeiter" in Nr. 24/25 vom 23. Juni nachstehende Abwehr:

Aus der Steinindustrie. Gescheite, übergescheite und doch recht vorsichtige Leute gibt es überall, an jedem Ort und in jedem Fach. Kürzlich brachte „Der Steinarbeiter" die Notiz: „Das größte Denkmal der Erde," worüber die Redaktion des „Steinbruch" eine unbändige Freude kundgibt; denn die Redaktion des „Steinarbeiter" ist nach Ansicht des „Steinbruch" auf einen Aprilscherz der Berliner B.-Z. hineingefallen. Der „Steinbruch" bringt nun unter dem fragwürdigen Stichwort „Angeschmiert" unsre Notiz mit einer kurzen einleitenden Belehrung und einer solchen am Schluß. Etwas wässerig wird die Schadenfreude allerdings, weil die Steinarbeiter-Redaktion mit ein paar Worten die Unmöglichkeit der amerikanischen Denkmalsausführung bezeichnete. Dies genügt aber nach Auffassung des „Steinbruch" nicht, denn seine Redaktion bemerkt so „beiläufig", daß es ein Gebirge „Stone Mountain" bei Atlanta (Nordamerika) nicht gibt usw. Ergo: Leichtgläubige Steinarbeiter-Redaktion ist „angeschmiert" — der gescheiten, vorsichtigen und außerordentlich gut informierten Steinbruch-Redaktion ist so etwas noch nicht passiert; kann es auch gar nicht, denn sie ist infolge ihrer guten Information im fremden Land und dessen Gebirge ebenso daheim wie in Berlin und Umgebung.

Unsre Redaktion (Steinarbeiter) ist ob dieses Vorfalls und angeblichen Reinfalls natürlich ganz niedergeschlagen, und wir tragen uns mit der Absicht, in Zukunft bei neuen Aprilscherzen oder ähnlichen Vorkommnissen vorher die Steinbruch-Redaktion zu fragen, ob sie irgendwelche Bedenken hat wegen etwaiger „Anschmierung"; denn besser ist es auf alle Fälle, ehe man sich mit dem Federkiel verhaut, das Urteil von vorsichtigen, aber doch gescheiten Leuten einzuholen, zumal es unter ihnen welche geben soll, die sich nicht nur um gelegte, sondern auch um ungelegte Eier kümmern

Am 11. Januar 1925 ist im Heft 2 „Der deutsche Steinbildhauer, Steinmetz und Steinbruchbesitzer, Illustrierte Fachzeitung für die gesamte Steinindustrie und die verwandten Geschäftszweige", auch „Offizielles Organ des Reichsverbandes der deutschen Steinindustrie" nachstehende Schilderung zu lesen:

Das Riesendenkmal im Staate Georgia.

Wie bereits kurz berichtet, kommt gegenwärtig ein eigenartiges Denkmal nahe der Stadt Atlanta im Staate Georgia zur Ausführung. Ein isoliert aus der Ebene heraustretender Granitfels von 230 Meter Höhe wird zu einem gewaltigen Erinnerungsdenkmal an die Kämpfe, welche die Südstaaten gegen die Nordstaaten der Union führten, umgewandelt werden. Der Bildhauer Guthon Borglum, der gleichzeitig auch Ingenieur ist, haut eben die Riesengestalten des Generals Lee und seiner Armee in die mächtigen Granitwände des Gebirgsstockes. Aus einer Entfernung von mehreren Kilometern werden die Riesengestalten der Südarmee zu erblicken sein, wie sie im langen Zuge vor ihrem Heerführer vorbeimarschieren, sich um die Seite des Berges drehend und zwischen dem dichten Laub der umgebenden Bäume verschwindend. Der Zug der Soldaten wird mehr als 600 Meter lang sein. Die Darstellung ist so gedacht, daß die Armee den Bergrücken überschreitet und unten im schattigen Tale verschwindet. Man kann sich leicht vorstellen, daß ein solches Werk einen ingeniösen Scharfsinn erfordert, wenn man erfährt, daß einige der Soldatengruppen über 60 Meter hoch werden sollen. Der Granitfels, den sich der Bildhauer auswählte und der unter dem Namen „Stone Mountain bekannt ist, hat eine Länge von 1700 Meter und der Umfang am Fuße desselben mißt 10 Kilometer. Das Gestein ist durchweg feinkörniger Granit. Der Künstler mußte sich bei solchen ungewöhnlichen Maßverhältnissen sich eine eigene Arbeitsmethode schaffen. Er modelliert die einzelnen Teile zunächst in Ton. Jeder solcher Teil wird sodann photographiert und mittels eines Diapositives das Lichtbild zur Nachtzeit auf die Felsenwand geworfen. Die Figuren werden dann mittels Preßluftwerkzeugen ausgebohrt und im gröbsten mittels riesiger Pantographen nach dem ursprünglichen Tonmodell kopiert. Die Fertigstellung besorgt der Künstler mit seinen Gehilfen. Eine mehrfache telephonische Verbindung ermöglicht es dem Beobachter in der Ferne, die Anordnungen zu treffen, wo die Gehilfen die Bohrer und Meißel einzusetzen haben. Die Arbeit ist auf sieben Jahre berechnet. Die Gestalten werden als Relief stellenweise bis auf 8 Meter Tiefe in den Fels greifen. Das überschüssige Material wird in Form von Blöcken vom Granitblock abgelöst und mittels Kranen und Winden herabgeschafft. Man rechnet, für das so gewonnene Material mehr als 1 Million Dollar zu lösen, welcher Betrag zur Schaffung eines eines Amphitheaters am Fuße des Gebirgsstockes verwendet werden soll. Die Vorbereitungs- und Anfangsarbeiten waren voller Gefahren; es mußten die Leute auf Stahlseilen von der Höhe herabgelassen werden, um die Bohrlöcher in die Wände anzusetzen".

Unsre Verbandsmitglieder und die sonstigen Leser des „Steinarbeiter" werden die chronologische Darstellung des „Falls" gewiß mit Vergnügen lesen, obgleich sich der Hauptinhalt der sachlichen Unterlage mehrmals wiederholt. Leider können wir wegen der Beschaffenheit unseres Papiers die Bilder aus dem „Steinbildhauer" nicht bringen. Es ist wirklich schade, denn sie zeigen einmal den Gesamtfelsen „Stone Mountain" aus einer gewissen Entfernung mit der Wirkung der sich bereits heraushebenden Riesenfiguren und wie der Künstler von der Ferne aus die Bildhauerarbeiten dirigiert. Ein andres Bild zeigt die Steinarbeiter an Stahlseilen, wie sie die Bohrer ansetzen, und ein drittes Bild beweist die riesenhaften Ausmaße eines Gesichts, das aus dem Granitfelsen herausgearbeitet wird. Die daran arbeitenden Steinarbeiter verschwinden demgegenüber. Aus diesem Bild kann man sich auch eine Vorstellung machen von dem überschüssigen Material, von dem in der Beschreibung des „Steinbildhauer" die Rede ist, und das besondere Einnahmen noch bringen soll. — Die Redaktion des „Steinarbeiter" hat nun infolge des ihr anhaftenden Takts vier Wochen gewartet, um der Redaktion, die seinerzeit die „Heitere Ecke" aufmachte, Zeit und Gelegenheit zu geben, den neueren Artikel des „Steinbildhauer" in sich aufzunehmen und nach dessen Verdauung die „Anschmiererei" in bewußter „Ecke" wieder zu entfernen versuchen. Gewiß ist es fatal, öffentlich eingestehen zu müssen, daß sie sich seinerzeit selbst veralberte, als sie versuchte, auf Kosten andrer Heiterkeit zu erwecken. Wir fragen unsre Leser nun: Gehört zu solcher Selbstverständlichkeit Mut? Nein! — nur Anständigkeit und Takt! Dazu hat sich die in Frage kommende Redaktion des früheren „Steinbruch" bisher nicht aufschwingen können, sie hüllt sich in Schweigen. Mag sein, daß die Redaktion der „Steinindustrie", die früher auch den „Steinbruch" redigierte, nunmehr glaubt, mit der Titeländerung für den Inhalt des früheren „Steinbruch" heute keine Verantwortung mehr zu tragen. Wir wissen nicht, ob sie diese dickfellige Ansicht wirklich hat. Mag dem nun sein, wie es will, unsre Redaktionsmappe haben wir in diesem Fall mit folgendem Vermerk geschlossen: „Im Irrtum verfallen, beschieden ist's allen; im Irrtum verharren, ist Vorrecht der Narren!"

Sb.

nur als Gelegenheitsarbeiter zu betrachten, weil sie von Bau zu Bau laufen müssen und oft nur Tage oder wenige Wochen beschäftigt werden. Im übrigen wurde von den Innungsmitgliedern nicht mehr und nicht weniger verlangt, als den alten Prozentsatz von 10 Prozent beizubehalten, der auch früher stets freiwillig gezahlt wurde. Ein Unterschied zwischen großen und kleinen Bauten konnte allerdings nicht gemacht werden, aus Gründen, die wir an dieser Stelle nicht klarlegen wollen. Von den 23 Innungsmitgliedern hatten 6 die Arbeiten am Wirtschaftsgebäude der Messe, zum Teil noch als Unterakkordant, übernommen, während 17 anderweitig Arbeit hatten. Die Messebauten gingen ihrer Vollendung entgegen und verharrte unsre Lohnkommission nicht unbedingt darauf, auch dort die 1.30 Mk. durchzudrücken. Kurz gesagt: Den Kollegen der Lohnkommission ging es darum, mit der Steinmetz-Innung ein Vertragsverhältnis zu schaffen. Nun müssen wir noch einmal fragen: „Was hat der Christliche Fabrik- und Transportarbeiterverband, dem die christlichen Steinarbeiter angeschlossen sind, mit der Angelegenheit zu tun? Eine Zahlstelle der christlichen Steinarbeiter bestand in Köln nicht! Zudem war bei Einleitung der Lohnbewegung bis zum Streik kein christlich organisierter Steinmetz bei den 23 Mitgliedern der Steinmetz-Innung beschäftigt! Erst während des Streiks hat der christliche Sekretär Kail in Mayen auf Wunsch der Innung Streikbrecher „geliefert", die dann, als sie auf den Streik aufmerksam gemacht wurden, wieder abreisten. Die Einwendung, daß unsre Kollegen den Schlichtungsausschuß nicht angerufen hätten, ist gottvoll. In Zukunft hätten demnach die christlichen Führer das Recht, überall dort Verhandlungen bei den Unternehmern nachzusuchen, wo unsre Kollegen sich im Streik befinden und den staatlichen Schlichtungsausschuß nicht angerufen haben. Auch stände es ihnen frei, nach solchen Orten Streikbrecher in beliebiger Zahl zu dirigieren. Wie kommen die Sekretäre Kail und Lechner dazu, hinter dem Rücken unsrer streikenden Kollegen um Verhandlungen nachzusuchen? Hätten die Unternehmer zu der Verhandlung unsre Lohnkommission nicht eingeladen, dann hätten die Sekretäre und die Lohnkommission, die von Obermendig nach Köln geschickt wurden, einen Tarifvertrag mit der Innung abgeschlossen. Sind die Herren nicht auf Schleichwegen ertappt worden? Ein schlimmeres Verräterspiel kann doch nicht getrieben werden. Der Streik wurde von unsern Kollegen einstimmig beschlossen und hat sich keiner von diesen verleiten lassen, Streikbruch zu verüben. Für die Arbeiten an dem Wirtschaftsgebäude an der Messe wurde eine Vereinbarung getroffen, und im übrigen sei festgestellt, daß sämtliche Mitglieder der Steinmetz-Innung bisher vertragstreu blieben und nicht unter 1.30 Mk. in Kunstputz oder Kunststein bezahlten.

Auf das Angebot der Lohnkommission der Innung, am Bau und auf sämtlichen Werkplätzen 1.20 Mk. zu zahlen, konnten wir nicht eingehen, weil alle beschäftigten Werksteinmetzen bei den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes der Steinmetzgeschäfte von Köln beschäftigt waren und weil unser Verband einige Tage vorher mit diesen einen Vertrag abschlossen, wonach der Lohn eines Steinmetzen auf dem Werkplatz 1. Mk. betrug. Warum für den Steinmetz, der in Kunststein schariert, mehr verlangt wird als auf dem Werkplatz, braucht hier nicht auseinandergesetzt zu werden, da jeder Fachmann darüber im Bilde ist.

In einer Verhandlung während des Streiks hat sich der Sekretär Herr Lechner eingeschlichen und die Lohnkommission hat ihn als Gast geduldet. Es stimmt auch nicht, wenn behauptet wird, daß das Vorstandsmitglied Kuhn, der übrigens keinem Vorstande angehört, Herrn Lechner erklärt hat, daß wir den christlichen Verband als gleichberechtigt anerkennen würden. Kollege Kuhn erklärte, daß sie dann als gleichberechtigt anerkannt würden, wenn sie Mitglieder bei der Innung beschäftigt hätten. Im übrigen ist in solchen Fällen, wenn schon von irgendeinem unsrer Lohnkommissionsmitglieder der Ausdruck gefallen wäre, dieser nicht maßgebend. Wir hätten nun, wenn Herr Lechner in den späteren Sitzungen allein als Gast anwesend gewesen wäre, nichts dagegen gehabt, aber die Gastfreundlichkeit darf man nicht in so schnöder Weise mißbrauchen, um dann als Verräter aufzutreten. Die Behauptung, daß Herr Kail den Arbeitgebern den Vorschlag gemacht hat, daß sie bereit wären, sich zurückzuziehen, stimmt auch nicht. Die Unternehmer traten ab und kamen mit dem Beschluß in den Saal, der klar und deutlich lautete: Die Kommission der Christlichen möchte sich vorläufig zurückziehen, bis sie wieder gerufen würde. Nach längerem Verhandeln unseres Verbandes mit der Innung sahen diese ein, daß es doch für sie besser ist, sich ehrlich im Kampfe mit uns zu messen, und empfahl den Christlichen, trotzdem noch keine Einigung zwischen den Parteien erzielt werden konnte, wieder abzureisen. Herr Kail war sprachlos und wollte es nicht verstehen, daß sie für die Gefälligkeit, die sie den Arbeitgebern erwiesen, so schlecht belohnt wurden.

Unser Verband hat soviel Reinlichkeitsgefühl und schließt Streikbrecher ohne weiteres aus dem Verbande aus. Bedauerlich ist es nur, daß diese von uns Ausgeschlossenen von den Christlichen mit offenen Armen aufgenommen werden. Es handelt sich in diesem Falle um zwei Mann, die von auswärts während des Streiks zureisten. Andre Mitglieder sind in Köln nicht zu den Christen übergetreten. Es ist uns aber sehr angenehm, falls auswärtige Kräfte gebraucht werden, in Köln möglichst christlich Organisierte zureisen, denn bisher sind sie noch alle freiwillig zu uns übergetreten.

Die angebliche Terrorgeschichte, von der geschrieben wird, liegt Wochen vor der Einleitung unsrer Lohnbewegung zurück und hat mit dem Streik nichts zu tun. Der angeblich Terrorisierte ist der Vorsitzende der christlichen Zahlstelle Obermendig, A. L., der, um noch einmal zu wiederholen, in der Lohnverhandlung erklärte: „Der Streik dauert uns zu lange, und wir wollen arbeiten. Im übrigen warten wir die Gerichtsverhandlung einmal ab."

Wir summieren: Von der Richtigstellung ist nicht mehr übriggeblieben, als eine mächtige Blamage und ebensolcher Hereinfall, den die Christlichen erlitten haben. Wir sind davon überzeugt, daß sie ein solches Experiment zum zweitenmal nicht wiederholen werden, denn sie haben sich arg die Finger verbrannt.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsre Lohnkämpfe. Streik in **Raumünzach** (Betrieb Trentini). In **Bielefeld** bei den Firmen: Neumann u. Tremme, Stern, Greiner. — In **Mühlbach** (Baden).

Gesperrt. In **Detmold** und **Hiddesen** die Betriebe Meier und Maier u. Sohn. — In **Karlsruhe** die Grabmalgeschäfte: Albert Mürnser, Konrad u. Fürter, Steiner u. Giltlinger, Hugo Kromer, Andr. Klennert, Wilhelm Mußberger. — In **Eschershausen** die Kalk- und Dolomitbetriebe und Steinhauereien der Firmen Hartmann, Dräger, Hils. — Nach **Baumholder** in das dortige Granitwerk von Dr.-Ing. Paul Burger lehnt jeder Kollege ein Arbeitsangebot ab.

Zuzug fernhalten. Außer den Orten, die unter Streik und Sperre genannt sind, aus dem **Ruhrkohlen-Sandsteingebiet.** — Vom Steinbruchsgebiet **Hasserode** im Harz. — Von den Pflasterstein-betrieben in **Seebach** (Baden) und **Umgebung.** — Von Steinmetzen nach **Nördlingen** und **Otting** (Schwaben), ebenso nach **Lübeck.**

Steinsetzer und Pflasterer.

Prenzlau. Die Filiale hielt am 18. Januar Generalversammlung im Konzerthaus ab, zu der auch der Gauleiter Koll. Schenke erschienen war. In großen Zügen behandelte er die Gewerkschaftsbewegung von den Lokalorganisationen bis zu den modernen Zentral- bzw. Industrieverbänden. Zur Tarifpolitik übergehend, empfahl er ein regeres Zusammenarbeiten der Kollegen im Tarifbezirk, speziell verwies er auf die Orte Templin und Strasburg. Da diese Filialen sehr jung sind, so ist es Pflicht, diesen Kollegen unsre Unterstützung in jeder Beziehung zuteil werden zu lassen. Alsdann erstattete Kollege Jackisch den Vorstandsbericht. Die Arbeitsverhältnisse waren im Berichtsjahr gut; einer Kritik unterzog er die Lauheit einiger jüngeren Steinmetzkollegen, die sich im Frühjahr aufnehmen ließen, aber leider keine Beiträge entrichteten. Den Kassenbericht gab Koll. Oestreich. Koll. Rutenberg als Revisor berichtete, alles in bester Ordnung befunden zu haben. Bericht der Lohnkommission der Sektion Steinsetzer gab Kollege Lehnhardt. Im Berichtsjahre wurden 5 Nachträge zum Tarifvertrag abgeschlossen; nach dem 5. Nachtrag beträgt der Lohnsatz für Steinsetzer 90 Pfg., für Rammer 81 Pfg., Hilfsarbeiter 57 Pfg. pro Stunde. Auf Baubuden- und Abortverhältnisse müssen die Kollegen ihr Hauptaugenmerk richten. Im Anschluß berichtete Kollege Lehnhardt über die soziale Wohlfahrtseinrichtung. An Wohlfahrtsgeld wurden an 30 Kollegen 987.70 Mk. ausgezahlt; natürlich sind die Kollegen von Strasburg und Templin nicht in den Genuß der Wohlfahrtsgelder gekommen, weil sie nicht genug Rückgrat zeigten, dies muß für das Jahr 1925 anders werden. Der Gesamtvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Den Bericht vom Kartell gab Kollege A. Schmidt, der sehr Interessantes brachte. Aufgenommen wurde ein Steinmetz. Im Schlußwort gedachte Koll. Schenke der Steinmetzen und empfahl speziell den jungen Kollegen, sich mehr mit dem Gewerkschaftsproblem zu beschäftigen; des weiteren sollen sie auf ihren Werkplätzen mehr agitieren für den Verband, das ist eine der Hauptaufgaben eines Kollegen, alsdann wäre im Frühjahr der Zeitpunkt gekommen, einen Tarifvertrag abzuschließen mit den in Prenzlau in Betracht kommenden Firmen. Dann wurde die sehr gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband geschlossen.

Reichenbach (Schlesien). Die Filiale hielt am 11. Januar 1925 im Norddeutschen Hofe ihre Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Geschäfts- und Kassenbericht, 3. Vorstandswahl und 4. Anträge und Verschiedenes. Kollege Fellbaum gab den Jahresbericht und bemängelte besonders darin die laue Verbandstätigkeit der Kollegen und wünscht, darin in diesem Jahre eine Besserung zu sehen. Daraufhin gab Kollege Fuchs den Geschäfts- und Kassenbericht. Die Mitgliederzahl bewegte sich im letzten Jahre zwischen 55 und 63 Mitgliedern. Der Bestand der Kasse ist gut zu nennen. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der nächste Punkt ergab mit Ausnahme des Kassierers, Kollegen Fuchs, welcher noch im Amt verbleibt, Neuwahl des gesamten Vorstandes. Es wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Kollege Karl Mann, 2. Vorsitzender Kollege Hermann Gruhner, Kassierer Kollege Fuchs, 1. Schriftführer Kollege Schmiedel, Stellvertreter Kollege Titschert, als Revisoren Kollegen Fellbaum und Steinert und als Kartelldelegierter Kollege A. Blache. — Ferner gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach jeder kranke Kollege nach je vierwöchiger Krankheit einen Zuschuß von 5 Mk. aus der Lokalkasse erhält. Desgleichen ein Antrag, wonach jedes Mitglied, das länger als 6 Wochen rückständig im Beitragzahlen ist, ohne weiteres ausgeschlossen wird. Zur Aussprache lag ferner noch ein vom Gauleiter ausgearbeiteter Tarifentwurf vor, der an den Arbeitgeberverband eingereicht werden soll. Nachdem noch einige kleinere Angelegenheiten der Filiale erledigt waren, schloß der Vorsitzende die mäßig besuchte Versammlung.

Verden. Am Sonntag, dem 4. Januar, fand unsre Jahresversammlung statt. Kollege Göckemeyer sprach über die Gefahren, die dem Steinstraßenbau bevorstehen und wie dem begegnet werden kann. Er wies darauf hin, daß wir nur durch sachgemäße Ausführung der Pflasterarbeiten die Gefahren bannen können. Nachdem der Kollege Funke als 1. Vorsitzender, der Kollege Höms als 1. Kassierer und Kollege Reuter als Schriftführer gewählt waren, bemängelten noch einige Kollegen die Schmutzkonkurrenz, die augenblicklich unter den Unternehmern vorherrschend ist. Zum Frühjahr soll eine lebhafte Agitation einsetzen, damit wir unsre Filiale wieder auf die Vorkriegshöhe bringen. Mit einem Appell schloß der Kollege Funke die von 30 Kollegen besuchte Versammlung.

Landestarifvertrag für das Steinsetzergewerbe, Gau IV. In der Nummer 5 des „Steinarbeiters" wurde darauf verwiesen, daß sich demnächst das Reichstarifamt mit der Tarifstreitfrage beschäftigen wird. Das ist inzwischen geschehen, und zwar hat das RTA. einen Schiedsspruch über die zwischen den Parteien strittigen Punkte gefällt, mit dem sich die Parteien zu beschäftigen und zu beschließen haben. Es würde den Raum unsres Fachorgans zu stark in Anspruch nehmen, wenn auch nur auszugsweise über das Resultat der bisherigen Verhandlungen geschrieben würde und dürfte die am 21. Februar 1925 in Halle stattfindende Fachgruppenkonferenz die geeignetste Stelle sein, sich endgültig mit dem Verhandlungsergebnis zu beschäftigen. Bis dahin bleiben die bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen in Geltung. Die Zahlstellen müssen Vertreter zur Konferenz entsenden!

Freistaat Anhalt und Kreis Calbe. Alle Steinsetzer und Berufsgenossen, soweit diese noch irgendeinen Anspruch auf Ferien oder prozentuale Abfindung auf Grund des Tarifvertrags haben, müssen ihre Ansprüche sofort dem Steinsetzobermeister Richard Prietsch in Dessau (Anhalt), Karlstraße 6, zukommen lassen. Es dürfte angebracht sein, daß die Vorstände der Zahlstellen das Material sammeln und es auf dem schnellsten Wege einsenden.

Steinarbeiter.

Beucha. Am 25. Januar fand in der Quelle unsre Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Riedl, gab den Jahresbericht. Er wies besonders darauf hin, daß die Erfolge der Zahlstelle hauptsächlich an dem Zusammenhalt und an der Unterstützung der Verwaltung liege. Auch das Jahr 1925 stellt uns vor große Aufgaben, deren Bewältigung die Mitarbeit sämtlicher Kollegen notwendig machen. Anschließend gab Kollege Riedl den Bericht von der Bezirkskonferenz in Wurzen, die am 18. Januar 1925 stattfand, und erläuterte die Forderungen, die dort für den ganzen Bezirk gestellt wurden. Kollege Neumüller gab ausführlichen Bericht vom Gewerkschaftskartell Brandis. Hierauf erstattete Kollege Adler den Kassenbericht vom 4. Quartal. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. In die Verwaltung wurden Vorsitzender, Kassierer und Schriftführer wiedergewählt, ebenso die Stellvertreter. — Nachdem die Revisoren (Langhammer, Holdt und Dietel) gewählt waren, hielt Kollege Siebold einen Vortrag über wirtschaftliche Vorgänge und das Wirken und den Stand der Gewerkschaften, wofür ihm von den Kollegen großer Beifall gezollt wurde. Unter Verschiedenem wurde der Beschluß aufgehoben, daß über 13 Wochen kranke Kollegen von der Zahlstelle unterstützt werden, da ab 1. Januar die Krankenunterstützung in Kraft getreten ist. Für die Jugendfeier der proletarischen Freidenker wurden 50 Mk. bewilligt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, die Beitragsleistung gewissenhaft nach dem Stundenverdienst abzuführen. Wenn dies der Fall ist, so wird für die Zahlstelle Beucha sowie für den Gesamtverband der Erfolg gesichert sein. Er dankte den Kollegen für den guten Versammlungsbesuch.

Königsberg. Am 16. Januar fand im Gewerkschaftshause die Generalversammlung statt, deren Besuch von der Steinsetzergruppe viel zu wünschen übrigließ. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung gab der Vorsitzende einen sachlichen Bericht über das verflossene Jahr, in dem er betonte: „Das verflossene Jahr brachte durch die Verschmelzung mit dem Steinsetzerverbande ein überreichlich Maß von Arbeit für den Vorsitzenden und Kassierer. Zunächst lehnte die Steinsetzmeister-Innung jede Verhandlung mit dem Steinarbeiterverband ab. Als wir Verhandlungen nun doch erreicht hatten, waren zur Erhöhung der niedrigen Lohnsätze eine Reihe von Verhandlungen und Schlichtungsausschußsitzungen notwendig, die aber bis zum Schluß des Jahres nicht die Erfolge zeitigten, welche in bezug auf die Konjunktur hätten erzielt werden können. Während die Steinsetzerkollegen im Januar in einer Versammlung unter Beisein des Gauleiters Kollegen Schenke die Treue und den weiteren Ausbau der Organisation gelobten, haben sie dieses leider nicht gehalten, sie haben nur ein Strohfeuer entzündet. Auch in der Gruppe der Steinarbeiter mußten etliche Sitzungen und Verhandlungen geführt werden, zur Aufbesserung der gleich nach der Inflation abgebauten Löhne. Möge uns nun das angefangene neue Jahr das bringen, was wir im verflossenen Jahre nicht erreicht haben. Dazu bedarf es aber der Mitarbeit eines jeden Kollegen. Bauen wir die Organisation auf, führen wir den letzten Mann der Organisation zu, dann werden wir dieses auch erreichen. Mit diesem Wunsche schloß der Vorsitzende seine Ausführungen. — Nach dem Verlesen der Abrechnung erfolgte die Wiederwahl des alten Vorstandes. Der Vorsitzende verlas dann noch ein Schreiben vom Grabmalgewerbe-Verband und ein Schreiben, welches er vorher an diesen gerichtet hatte. Der Inhalt war, die Verlängerung unsres erst im August zustande gekommenen Tarifvertrages um ein Jahr zu erweitern. Die Versammlung stimmte dem zu. Im vorigen Jahre kam unser Tarif durch die Nichteinigung bei einigen strittigen Punkten erst im August zum Abschluß, inzwischen wurden wir in einem Streitfalle bei den zuständigen Instanzen abgewiesen, weil der Tarif nicht von beiden Parteien unterzeichnet war. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und mit einem Appell an die Kollegen, den Ausbau der Organisation tatkräftig zu fördern, erfolgte Schluß der Versammlung.

Kirschhausen. Am 18. Januar 1925 fand bei August Schäfer unsre Jahresversammlung statt. Zur Tagesordnung stand: Abrechnung vom 4. Quartal, Tätigkeitsbericht und Verschiedenes. Kassierer Moser verlas die Abrechnung, die von den Revisoren in Ordnung befunden war, so daß der Kassierer entlastet werden konnte. Bei dieser Gelegenheit wurde darauf aufmerksam gemacht, die Kollegen sollen bei der Beitragszahlung nicht zu knauserig sein, indem doch sämtliche Unterstützungssätze von der Höhe des Beitrags abhängig sind. Hierauf gab der Vorsitzende Kraus den Geschäftsbericht, aus dem zu entnehmen war, daß von seiten der Bezirks- und Zahlstellenleitung nichts unversucht gelassen worden ist, die materielle Lage der Kollegen zu heben. Das Verhalten der Schlichtungsinstanzen rief das Jahr über von seiten der Kollegen gerechte Entrüstung hervor, weil sie sich wiederholt auf den Standpunkt stellten, die Kollegen der Granitwerksteingruppe seien hinreichend entlohnt. Diese Ansicht begründeten die Instanzen damit, daß die Steinarbeiter im Syenitgebiet noch unter den Granitarbeitern stehen. Alles zusammengefaßt hatte das verflossene Jahr gelehrt, daß nur eine gute und schlagfertige Organisation es ermöglicht, den Unternehmern etwas abzuringen. Denn es bedurfte mehr als eineshalben Dutzends Unterhandlungen bei den Schlichtungsinstanzen ohne die örtlichen Unterhandlungen, um den jetzt bestehenden Lohn zu erringen, d. h. von 35 Prozent auf 57 Prozent für Akkord, die Stundenlöhne der Stößer von 45 Pfg. auf 65 Pfg., der Steinarbeiter von 44 Pfg. auf 62 Pfg, der Hilfsarbeiter von 34 auf 46 Pfg. zu erhöhen. Es ist mithin eine Gesamtlohnerhöhung für Akkord von 50 Prozent, für Tagelohnarbeiter für die Stunde im Durchschnitt 17 1/10 Pfg. erreicht; macht für die im Granitbezirk beschäftigten Kollegen einen Mehrverdienst von 57 183.84 Mk., im Durchschnitt pro Mann von 153.28 Mk., dem ein Durchschnittsbeitrag von 17.55 Mk. gegenübersteht. Hiermit der schlagendste Beweis, daß der Verbandsbeitrag die meisten Zinsen trägt. — Bei der Neuwahl wurden der erste Vorsitzende und Kassierer einstimmig wiedergewählt. Als zweiter Vorsitzender wurde Kollege Michl Lernbacher, als Schriftführer Georg Tilgner, als Revisoren die Kollegen Joseph Etl, Franz Meiner, Alois Kukeis bestimmt; ins Kartell wurde Valentin Ullrich delegiert. Nachdem noch verschiedene örtliche Angelegenheiten geregelt wurden und der Vorsitzende noch einige ermunternde Worte an die Versammlung richtete, war Schluß der Versammlung.

Leipzig. Generalversammlung vom 13. Januar 1925. Kollege Heine gedenkt in kurzen Worten der in diesem Jahre durch Berufskrankheit von uns geschiedenen Kollegen, besonders hervorhebend Paul Panicke, Fritz Seydewitz und Oskar Lemmel; alle drei haben sich in unsrer Zahlstelle verdient gemacht. Um die Dankbarkeit der Versammlung nochmals für die Verstorbenen zum Ausdruck zu bringen, war die Steinmetz-Fahne, die durch die Aufmerksamkeit eines Mainzer Kollegen wieder in unsern Besitz gelangte, mit schwarzem Flor im Versammlungsraum angebracht worden. Kollege Heine gibt dann den Geschäftsbericht des vergangenen Jahres. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres 141, am Schluß 151. Davon sind 100 Sandsteinmetzen, 29 Marmorarbeiter, 8 Bildhauer, 9 Mitglieder aus der Zentrale, 3 Lehrlinge und 2 Hilfsarbeiter, zugereist sind 37 Kollegen. Die Lohnbewegung und die Arbeitsbeschaffung nahmen die Haupttätigkeit in Anspruch. Der Lohn betrug Anfang des Jahres bei den Steinmetzen 68 Pfg., am Schluß desselben 105 Pfg., bei den Marmorarbeitern am Anfang 53 Pfg. und am Ende 85 Pfg. Finanziell im Kampf- und Unterstützungswesen hat die Zahlstelle viel geleistet, auch seitens der Zentrale ist anerkannt worden, daß sie auch in der Inflationszeit betreffs der Beitragsleistung an erster Stelle in Deutschland gestanden habe, örtlich sind den ausgesperrten Bauarbeitern 200 Mk. zur Verfügung gestellt worden, über 100 Mk. den kranken Kollegen, 469.80 Mk. hat der Streik der Marmorarbeiter in Anspruch genommen. Kollege Hofmann gibt dann den Kassenbericht, der einen örtlichen Bestand von 990.03 Mk. feststellt. Kollege Quack gibt bekannt, daß die Kasse revidiert und alles in Ordnung befunden wurde. In bezug auf Arbeitsbeschaffung sind wir zweimal an den Rat der Stadt Leipzig, einmal an den Bauausschuß der Ortskrankenkasse gegangen, leider ohne Erfolg. Bei der Ortskrankenkasse als sozialem Institut gestalteten sich die Verhandlungen noch schwieriger als bei Privatunternehmern. Der Gesamtvorstand wird einstimmig entlastet und in seinen Hauptfunktionen wiedergewählt. — Dem engeren Zahlstellenvorstand gehören mit den Obleuten der Bildhauer und der Marmorarbeiter 7 Kollegen, dem erweiterten noch weitere 7 Kollegen an, der Tarifkommission 3 Kollegen. Unter Gewerkschaftlichem wird beschlossen, daß sich Erwerbslose und Kranke innerhalb 14 Tagen beim Kassierer zu melden haben, bei Nichtanmeldung haben die betreffenden Kollegen die Erwerbslosenmarke auf ihre eigenen Kosten zu kleben. Ein weiterer Beschluß lautet: Eine Begräbnismarke von 1 Mk., zahlbar zwischen 3. und 4. Quartal, ist zu kleben. Die Sitzungsgelder werden auf 1 Mk., die der Kartellsitzungen auf 2 Mk. festgesetzt, ferner die Entschädigung des Vorstandes und Kassierers auf 40 Mk. Kollege Rudolf regt noch an, daß unser Kartelldelegierter beauftragt wird, im Kartell zur Sprache zu bringen, daß im Volkshaus wieder Nachtquartier für unsre reisenden Kollegen eingerichtet werden soll. Kollege Müller gibt noch bekannt, daß von der Firma Kretzschmann Bildhauer und Steinbildhauer gesucht wurden, obwohl genannter Firma doch bekannt ist, daß am hiesigen Orte der Arbeitsnachweis maßgebend ist und auch genügend geeignete Kräfte vorhanden sind. Die dort arbeitenden Kollegen dürfen auf keinen Fall dulden, daß der Arbeitsnachweis auf diese Weise umgangen wird. Kollege Tympel schloß mit der Aufforderung zum besseren Versammlungsbesuch die Tagung.

Kaiserslautern. Am 18. Januar wurde im Lokal zur Burg unsre Generalversammlung abgehalten. Der Besuch war trotz der Bekanntmachung schlecht. Der Vorsitzende wies in seinem Geschäftsbericht u. a. auf das Verhalten der Kollegen beim Einhalten der Arbeitszeit hin. Ferner machte er bekannt, daß das Kollegialitätsgefühl stark gelockert ist. Es könnte dann nicht vorkommen, daß ein Kollege, der wegen seines Urlaubs vor das Gewerbegericht mußte, aussetzen muß, während die am Platz beschäftigten Kollegen ruhig Ueberstunden weiter arbeiten. Bemängelt wurde, daß zuwenig Versammlungen stattgefunden haben. Es wurde beschlossen, jeden Monat eine Versammlung abzuhalten. Da der Kassierer, Kollege Metz, nicht anwesend war, wurde der Kassenbericht zurückgestellt. Bei der Neuwahl wurden folgende Kollegen gewählt: Vorsitzender und Schriftführer Wilh. Probst,

Kassierer Ferdinand Lambrecht, Revisoren Georg Flick und Peter Schäfer, Lohnkommission: Rud. Giehl und Hch. Liebrich. Beschlossen wurde, eine Agitation unter den Außenstehenden vorzunehmen, damit die Zahlstelle wieder flott wird. Dazu findet am 15. Februar in der Burg eine öffentliche Versammlung statt. Als Aufnahmegebühr für zum zweiten und mehrere Male Aufgenommene werden 3.90 Mk. und ein Wochenbeitrag festgesetzt.

Rundschau.

Gewerkschaftliches. In Nr. 5 der „Gewerkschaftszeitung" vom 31. Januar erscheint wieder „Die Arbeiterrechtsbeilage". Im Einführungsartikel wird unter anderm gesagt: „Die Arbeiterrechtsbeilage will nicht der Ausgestaltung der Rechte der Arbeiter, der Rechtsschöpfung dienen, das ist Sache der Gewerkschaftspresse selbst, sondern die Arbeiterrechtsbeilage dient der Rechtsprechung. Sie will auf diesem Gebiet die Materialsammlung der Arbeiter sein, damit diese vor den Rechtsstellen ihre Auffassungen belegen und begründen können." — Die Zahlstellenvorstände bekommen bekanntlich ihre Gewerkschaftszeitung vom Ortsausschuß des ADGB. und sie haben darauf zu achten, daß in der Lieferung keine Unterbrechung eintritt. Gelegentlich der angeführten Neuausgestaltung, die allseitig begrüßt wird, weisen wir nochmals auf die örtliche oder bezirkliche Bezugsquelle hin.

Gegen den Ruhrskandal der Millionenlieferung, auf den wir in Nr. 5 bereits verwiesen, haben die Spitzenorganisationen ADGB. und Afa-Bund einen scharfen und sehr gut begründeten Protest an den Deutschen Reichstag gerichtet. Im Schlußsatz heißt es:

„Die unterzeichneten Gewerkschaftsverbände erwarten von den Parteien des Reichstages eingehende Untersuchung dieser Vorgänge und unter Mitwirkung der Gewerkschaften eine Gesamtregelung, die der sozialen Gerechtigkeit entspricht."

„Spät kommst du, aber du kommst", können wir zum Chemnitzer Kommunistenblatt „Der Kämpfer" sagen. Denn in seiner Nr. 6 vom 8. Januar 1925 bringt er nachstehenden Aufruf:

Ein ernstes Wort an die Steinmetzarbeiter.
Von dem Arbeiterkorrespondenten Le.

Vielfach klagen die Steinmetzarbeiter über eine verstärkte Ausbeutung durch das Unternehmertum. Die Löhne, die sie bezahlt bekommen, sind zum größten Teil unter Tarif. So bekommen sie einen Stundenlohn von 60 bis 77 Pfennig, obwohl der Tarif einen Lohn von 1.05 Mk. pro Stunde vorsieht. Auch auf andre Art und Weise versuchten die Unternehmer möglichst hohe Profite aus den Steinmetzarbeitern herauszupressen. Wenn dann der Winter herankommt, werden fast alle Steinmetzarbeiter brotlos, so daß sie mit ihren Familien am Hungertuche nagen müssen.

Trotzdem ist ein großer Teil Steinmetzarbeiter vollkommen indifferent, weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert. Die Unternehmer haben ein leichtes Spiel mit diesen Arbeitern. Es ist deshalb notwendig, daß man diesen Arbeitern einmal offen sagt daß sie selbst mit Schuld tragen an diesen menschenunwürdigen Verhältnissen, in denen sie leben müssen.

Steinmetzarbeiter! Das muß jetzt anders werden. Wacht endlich auf aus eurem Schlaf und werdet klassenbewußt. Uebt nicht nur Kritik, sondern organisiert euch politisch und gewerkschaftlich. Lernt aus dem geschlossenen Auftreten des Unternehmertums. Reiht euch ein in die Kampfesfront des klassenbewußten Proletariats. Nur durch gemeinsamen einheitlichen Kampf aller Proletarier unter der Führung der Kommunistischen Partei werden wir imstande sein, der Ausbeutung ein Ende zu machen."

Unsre Chemnitzer wie überhaupt unsre sächsischen Kollegen werden gewiß schmunzeln über den vorstehenden Paukenschlag „an die Steinmetzarbeiter". Hätten die letzteren auf den „Kämpfer" und seinen recht spät aufgestandenen „Arbeiterkorrespondenten Le." warten müssen, dann wäre es ihnen gewiß recht schlecht gegangen. Sie sehen deshalb auch den Pferdefuß des „Le" und wissen schon, wo der Paukenschlag hinaus soll. Aber etwas behilflich können wir schließlich doch sein mit dem Hinweis, daß in Chemnitz alle Steinmetzen und Marmorarbeiter seit langen Jahren bewußt gewerkschaftlich organisiert sind und gerade dieser bewußten Organisation im Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands ist es zu verdanken, daß der Lohn auf 1.05 Mk. die Stunde augenblicklich steht. Nun gibt es jedoch in Chemnitz bei den kleinen Grabsteinkrautern ungefähr 4—6 „Steinmetzarbeiter", die sich noch nie dazu aufschwingen konnten, sich an die gewerkschaftliche Steinarbeiterorganisation zu gewöhnen, geschweige denn einen Beitrag zu zahlen; das letztere ist nach ihrer Auffassung überhaupt eine unerhörte Einrichtung. Diese „Steinmetzarbeiter" bekommen nun allerdings nicht den Tariflohn von 1.05 Mk., weil die Kleinunternehmer von deren Indifferentismus wissen, und die Chemnitzer Steinarbeiter durchaus keine Ursache haben, diesen Indifferenten zu 1.05 Mk. Stundenlohn zu verhelfen. Wir gönnen diese „klassenbewußten Steinmetzarbeiter" sicherlich dem „Kämpfer" und seinem „Arbeiterkorrespondenten" und wenn nur für diese der so sehr sachverständige Aufruf gemeint ist, dann gut. Im übrigen hätte schon früher aufgestanden werden müssen. Für den Chemnitzer „Kämpfer" ist das allerdings ein schlecht angebrachter Rat, weil das von uns empfohlene „früher aufstehen" bis weit, weit vor seiner Geburt zurückdatiert. Demnach wäre der „Kämpfer" und sein „Arbeiterkorrespondent Le" sogar auch zu spät für die „Kampfesfront"-Einreihung geboren. Dumme Sache das!

„Ein neues Straßenpflaster." In der „Bauwelt" berichtet v. B. über ein weiteres Experiment auf diesem Gebiet:

„Eine Schweizer Firma hat die Herstellung und Ausführung eines neuen Straßenbelags aus armiertem Asphalthartguß patentieren lassen. Dieses System verhindert nicht nur die starke Staubentwicklung, sondern bildet den besten Widerstand gegen den Hauptfehler der heutigen Belage, die starke und ungleiche Abnutzung der Straßenoberfläche. Dieser Belag ist wie folgt hergestellt: Als Unterlage des Belags genügt die Herstellung einer festgewalzten Schotterschicht. Auf diese wird ein Drahtnetz von etwa 10 Zentimeter Maschenweite und auf dieses eine Asphaltschicht von zirka 5 Zentimeter aufgebracht, und das Netz so lange durch Anspannen und Aufheben seiner Enden bewegt, bis der noch weiche Asphalt das Netz durchdrungen und beide Seiten des Netzes gleichmäßig überdeckt hat. Die so gebildete zusammenhängende Schicht belastet die Schotterunterlage so gleichmäßig, daß der sonst übliche Unterbau durch eine Betonschicht erspart wird.

Es ist klar, daß der Druck von Lasten aller Art auf die Straßenoberfläche durch diese armierte Asphalthartgußschicht nicht einseitig wirken kann, sondern auf die unbelasteten Flächen verteilend und federnd wirken muß. Dadurch wird die Bildung von Senkungen auf ein Minimum reduziert, und wo solche infolge fehlerhaften oder ungenügenden Unterbaues trotzdem eingetreten sind, durch Kontraktion des Drahtgeflechtes während der kühleren Nachttemperatur rasch ausgeglichen. Was das System besonders wertvoll macht, ist neben den relativ geringen Herstellungskosten (Wegfall der Betonunterlage) der beinahe vollständige Wegfall der Unterhaltungskosten auf viele Jahre."

Die Straßenpflasterung oder richtiger die Straßendecke wird anscheinend immer mehr zu einem Versuchsobjekt geschäftstüchtiger Firmen, und wenn die Resultate des Versuchs näher betrachtet werden, dann ist es durchaus nichts Neues. Es stimmt schon, daß alle diese Firmen sich um die Geschichte des Straßenbaues, soweit die Experimente in Betracht kommen, überhaupt nicht kümmern. Sonst könnten sie nicht jedesmal eine Reklame in die Welt trommeln und darin von „Neuem" erzählen. Die Redaktion der Bauwelt schreibt zu der obigen Notiz, daß die geschilderte Herstellung manches Bemerkenswerte zeige, „doch muß die Zeit erst den Beweis der Brauchbarkeit liefern". — Dem können wir nur beipflichten!

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Bis zum 10. Februar 1925 fehlten von folgenden Zahlstellen noch die Abrechnungen des 4. Quartals 1924:

1. Gau NO.: Braunsberg, Marienburg, Marienwerder, Pyritz, Schlawe, Schneidemühl.
1. Gau NW.: Drebber, Oldenburg (Holstein), Stralsund, Vörden, Hamburg (Gau).
2. Gau: Beuthen, Forst, Frankenstein, Gleiwitz, Glogau, Oberpeilau, Neumarkt (Schlesien), Senftenberg.
3. Gau: Klipphausen, Reichenbach (Vogtland).
4. Gau: Bäntorf, Eschershausen, Freyburg (Unstrut), Gleichamberg, Gotha, Güsten, Hedersleben, Holenberg, Kaltennordheim, Nordhausen, Reiffenhausen, Schladen, Schleiz, Staßfurt, Wittenberg.
5. Gau: Barmen, Bielefeld, Brühl, Crefeld, Drespe, Eckenhagen, Iserlohn, Lemgo, Nieder-Bachem, Ramsdorf, Rheydt, Sinspert, Sinzig, Unna, Waldbröl, Westhofen, Löhndorf.
6. Gau: Eberbach (Baden), Odenheim, Pfaffenhofen, Pforzheim, Siedelsbrunn, Stuttgart, Walldürn.
7. Gau: Eberhardtsreuth, Floß, Kronach, Neuhaus, Röhrnbach, Selbitz.
8. Gau: Altengronau, Augsburg, Fechenbach, Kembach, Lichtenfels, Niklashausen, Roth (Rhön), Stadtprozelten, Umpfenbach.
9. Gau: Allendorf, Alpenrod, Aßlar, Driedorf, Düdelsheim, Hintermühlen, Hölzenhausen, Kleingladenbach, Langenbach, Langendernbach, Londorf, Mainz, Medenbach, Odersbach, Rachelshausen, Schadeck, Villmar, Wetzlar, Willmenrod, Zinhain.

Mit dem Protokoll des internationalen Steinarbeiterkongresses wurde den Vorständen der Zahlstellen ein Fragebogen zugestellt, der ausgefüllt bis Mitte Februar wieder im Besitz des Verbandsvorstandes sein soll. Wo es bisher unterlassen wurde, möge die Erledigung umgehend erfolgen.

*

Auf Antrag der Zahlstelle Bielefeld wurde wegen Streikbruchs der Marmorsteinmetz Ferdinand Beckmann ausgeschlossen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Gau 3. Die Steinmetzen Alfred Zärtner aus Grünberg in Schlesien und Willi Koop aus Nienburg a. d. Weser mögen sofort ihre Adresse und die in Ordnung befindlichen Verbandsbücher an die unterzeichnete Gauleitung einsenden. — Auf dem Vergleichswege hat mir die Firma Gebr. Heidl in Rochlitz 23 Mk. zur Auszahlung an die beiden Kollegen übergeben. Ich werde das Geld aber nur absenden, wenn mir vorher die Verbandslegitimationen zur Prüfung zugestellt werden. — Die beiden Steinmetzen scheinen auf dem besten Wege zu sein, sich als internationale „Fasenhölzer" zu entwickeln. Als ich sie nach ihren Verbandsbüchern frug, erzählten sie mir, daß sie diese bei unserm Wechelburg-Rochlitzer Zahlstellenkassierer hinterlassen hätten, damit er die Differenzen mit der Fa. Gebr. Heidl weiterverfolgen könne. Auf meine Anfrage beim Kollegen Steinert erfuhr ich, daß er weder die Bücher der beiden Kollegen habe, noch sonst etwas von der Sache wisse. — Werden die Bücher nicht innerhalb vier Wochen eingeschickt, geht das Geld an die Firma zurück, denn für „Schwarze" holen wir kein Geld heraus.

Willi Mühle, Gauleiter,
Dresden-A. 19, Eisenacher Straße 17.

Gau 4. Die Delegierten zur Gaukonferenz, die Anspruch auf Quartierbesorgung erheben, mögen sich an den Kollegen Alb. Schlegel, Halle, Henriettenstraße 38, wenden.

Hornberg (Schwarzwald). Etwa zureisende Kollegen melden sich, bevor sie wegen Arbeit Umschau halten, bei der Ortsverwaltung des Verbandes.

Seebach (Schwarzwald). Der Kollege Nemez wird hiermit an seine Verpflichtungen in Seebach erinnert.

Kassel. Für die streikenden Kollegen in Gudensberg gingen noch folgende Beträge ein:

Wellerode-Quentel, Betrieb Söhre	92.—	Mk.
„ „ „ „	70.—	„
„ „ „ „	83.—	„
Adelebsen	172.—	„
Elgershausen	61.30	„
Ostheim	25.—	„
Dörnberg	25.50	„
Rhünda	54.—	„
	582.80	Mk.
Im „Steinarbeiter" bereits quittiert	627.10	Mk.
Summa	1209.90	Mk.

Allen Gebern wird bestens gedankt.

Konrad Reis, Bezirksleiter.

Adressenänderungen.

1. Gau. N.-W. **Elmshorn.** Kass.: Hans Honbert, Schulstr. 66. — **Stade.** Vors.: Karl Büchner, Schwarzer Berg 36.
1. Gau. N.-O. **Frankfurt a. Oder.** Vors.: Otto Grieger, Tuchmacherstr. 24.
4. Gau. **Saalburg.** Kass.: Emil Gäbelein. — **Westerhausen.** Kass.: Heinrich Keilholz, Fischberg 209.
7. Gau. **Bad Aibling.** Kass.: Anton Ruhland, Willinger Weg 361. — **Neusorg.** Vors.: Joseph Philberth. — **Kelheim.** Vors.: Michael Nierer, Neukelheim. — **Tröstau.** Vors.: Heinrich Martini in Eulenloh, Post Grötschenreuth (Oberfr.).
9. Gau. **Offenbach a. M.** Vors.: Fridolin Brandt, Wasserhofstraße 15, II. — **Meerenberg.** Kass.: Adolf Wengenroth.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Der Arbeitslohn und die Lohnpolitik in Rußland 1. Heft der sozialpolitischen Essays: „Die Lage der Arbeiterklasse in Rußland." Von Dr. Salomon Schwarz. Verlag: Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena. Preis 2.80 Mk.

Das Büchlein schildert in großen Zügen die Entwicklung der Lohnpolitik und der Lohnverhältnisse in Rußland seit 1917 bis 1924. Das Absterben des Kollektivvertrags, die Ausbildung einer umfassenden autoritären Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, eine weitgehende Nivellierung der Löhne, ein Herabdrücken der Entlohnung der Kopfarbeiter unter die Entlohnung der Handarbeiter, ein Herabdrücken des Lohnes überhaupt weit unter das Existenzminimum und schließlich eine schwere Zerrüttung der gesamten Wirtschaft und ein katastrophales Sinken der Arbeitsleistung — das sind die Züge, die für die ersten Jahre der Sowjet-Herrschaft charakteristisch sind. Seit 1921 beginnt die Abkehr von den Grundprinzipien der kommunistischen Wirtschaftspolitik, wie sie in Reinkultur in den Jahren 1918 bis 1920 gepflegt wurde. Man verzichtet jetzt auf die allumfassende staatliche Regelung des Wirtschaftslebens, man ist gezwungen einzusehen, daß die Hindernisse, die für die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft in der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes wurzeln, nicht einfach durch den staatlichen Zwang beseitigt werden können. Man geht jetzt zu der sogenannten „neuen Wirtschaftspolitik" über, die die staatswirtschaftlichen und die privatwirtschaftlichen Prinzipien zu einem Kompromiß zu bringen versucht. Jetzt bricht auch die „alte" Lohnpolitik in sich zusammen. Die autoritäre Lohnpolitik stirbt ab, und seit 1922 ist der Kollektivvertrag wieder die entschieden vorherrschende Form der Lohnregelung. Der Verfasser schildert dann die Versuche, die Lohnpolitik den Inflationsverhältnissen anzupassen und ein Indexlohnsystem auszubilden, und schließt seine Untersuchung der lohnpolitischen Entwicklung mit der Schilderung des Uebergangs vom Indexlohn zum festen Lohn im Jahre 1924. Anschließend wird noch die eigentümliche Rolle der russischen Gewerkschaften in der Entwicklung der Lohnpolitik geschildert, die zu einem Puffer zwischen den Arbeitermassen einerseits und den staatlichen Wirtschaftsorganen anderseits sich ausgebildet haben und sich offen zur Aufgabe stellen, die Hebung des Lohnes hintanzuhalten.

Die Schilderung der Lohnentwicklung tritt in dem Büchlein hinter die Schilderung der Lohnpolitik zurück. Aber auch hier bekommt man ein anschauliches Bild der Entwicklung und eine klare Vorstellung vom heutigen Stand des Lohnes. Der Verfasser bringt auch die Kleinhandelspreise der wichtigsten Nahrungsmittel und andrer Waren (umgerechnet, wie der Lohn, in deutsche Währung), schildert auch kurz die Wohnverhältnisse der russischen Arbeiter, wodurch dem deutschen Leser die Möglichkeit gegeben wird, sich eine konkrete Vorstellung vom Lebensniveau des russischen Arbeiters zu bilden.

Der Verfasser, ein seit 1922 im Auslande wohnender russischer Sozialpolitiker und sozialdemokratischer Schriftsteller, verhält sich kritisch zu der sowjetrussischen Lohnpolitik; er hält sich aber oft in der Kritik zurück, um den sachlichen und objektiven Charakter der Arbeit nicht abzuschwächen. Der Verfasser stützt sich dabei ausschließlich auf die Sowjetpresse und ein umfangreiches sowjet-amtliches Material, wie es in diesem Umfange noch nirgends verarbeitet wurde. Einem jeden, der sich ernsthaft für die Verhältnisse in Rußland interessiert, wird das Büchlein willkommen sein.

Briefkasten.

H. Die bestellten Jahrgänge „Steinarbeiter" müssen erst gebunden werden. Jede Bestellung wird dann sofort erledigt.

Fr. Od. Wurde von mir übersehen, dabei aber festgestellt, daß auf dem Formular von Dir der 31. Januar als Tag genannt wurde, nach den brieflichen Unterlagen konnte jedoch nur der 31. Dezember gemeint sein.

Beschwerden wegen verspäteter Zeitungszustellung. Der Gesamtversand ist stets Donnerstagabend auf der hiesigen Post aufgegeben, der Druck erfolgt am Mittwoch. Der Erscheinungstag ist jedoch Sonnabend jeder Woche, das darf nicht übersehen werden. Wo erst Montags die Zeitung eintrifft, liegt es an der Entfernung, die Redaktion kann daran leider nichts ändern.

Nrdl. Mit den Verbandsaußenseitern ist dort eine Verständigung erfolgt. Auskunft gibt Gauleiter J. Braun, Köln-Mülheim, Wrangalstraße 3, I.

Anzeigen

Berlin.

Sonntag, den 15. Februar, vorm. 9 Uhr im Gewerkschaftshaus (Großer Saal)
Jahres-Generalversammlung.
Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenbericht 2. Neuwahl des Vorsitzenden und des Kassierers. 3. Verschiedenes — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet, da um 12 Uhr der Saal geräumt werden muß. Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung I. A.: A. Wenzel.

Montag, den 16. Februar, nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus Saal 5)
Versammlung der Alabasterbranche
Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Branchenleitung 3 Bericht von den Reichstarifverhandlungen 4. Verschiedenes — Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen erwartet Die Branchenleitung. I. A.: H. Engelhardt.

Mehrere tüchtige
Steinmetzen
finden sofort dauernde Beschäftigung.
Hans Wieser Granit- und Syenitwerke Martinlamitz i. Fichtelgeb.

Mehrere Steinbrecher, Pflastersteinmacher und Steinmetzen
bei Tariflohn und dauernder Beschäftigung werden eingestellt bei
Wilhelm Salzers Granitwerke, Aue im Erzgebirge, Ernst-Papst-Straße 38, 1.

8—10 tüchtige Kipper
die Groß- und Kleinpflaster herstellen können, werden sofort eingestellt bei hohem Lohn.
Basalt-A.-G. Linz a. Rh. Basaltbruch Almerskopf Barig-Selbenhausen bei Weilburg a. Lahn.

Tüchtigen, zuverlässigen
Steinmetz
für schleifrechte Arbeiten in rotem Meißner Granit sowie
Bossierer
für Pflastersteine sofort gesucht.
Adolf Lorenz, Rottewitz, Abteilung Granitsteinbruch Meißen-Rieserstein.

Granit-Steinmetz
der evtl. selbst schärft sowie
Schleifer
für Granit u. Marmor werden eingestellt
Granitwerk Beerwalder Mühle
Post Pretzschendorf i. Sa.

Bücher die in keiner Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschafts-Funktionäre empfiehlt
Verlag des ADGB. Berlin S. 14
Inselstraße 6.

Arbeitshosen
liefert an Zahlstellen, welche die Gewähr für pünktliche Zahlungen übernehmen, in zwei- bis dreiwöchentlichen Raten. Lieferung franko. Verlangen Sie Angebot.
W. Hübner, Kleiderfabrik, Niederoderwitz i. S.

Steinarbeiter-Hosen
in nur allerbesten Qualitäten in Manchester, Leder weiß u. schwarz und Pilot liefert nach Maß
Fritz Müller, Niederoderwitz i. Sa.
Sammelbestellungen Rabatt.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.

In **Frankfurt a. O.** am 31. Dezember 1924 der Sandsteinmetz Otto **Maser**, 49 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Nürnberg** am 19 Januar der Bildhauer Ludwig **Besold**, 57 Jahre alt, Lungenentzündung; am 24. Januar der Sandsteinmetz Johann **Wölfel**, 46 Jahre alt, ermordet.

In **Hamburg** am 26. Januar der Steinmetz H. **Lohse**, 62 Jahre alt, Lungenerkrankung.

In **Kirchenlamitz** am 27. Januar der Granitsteinmetz Adam **Potzel**, 52 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Heppenheim** am 28. Januar der Granitschleifer Martin **Bulay**, 60 Jahre alt, Leberkrebs.

In **Dresden** am 29 Januar der Sandsteinmetz Johann **Bernath**, 57 Jahre alt, Lungenentzündung.

In **Klein-Cotta** (Pirna) am 29. Januar der Brecher Ernst **Viehbach**, 54 Jahre alt, Berufsunfall.

In **Reinersreuth** am 30. Januar der Brecher Heinold **Nickol**, 64 Jahre alt, Magenleiden.

In **Leipzig** am 30. Januar der Steinsetzer Artur **Hoffmann**, 28 Jahre alt, Lungenleiden; am 2 Februar der Steinsetzer Reinhold **Treusch**, 59 Jahre alt, Magengeschwür.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold Verlag von Ernst Winkler beide in Leipzig
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.